

Handout zum Pressegespräch

10. August 2022

Wohnen ist Heimat – Mieterinnen und Mietern mehr Sicherheit geben

I. Die Abwärtsspirale stoppen

- ▶▶ Corona-, Inflations- und jetzt auch noch die Energie-Krise drohen zu einer **Abwärtsspirale in den Abgrund** zu werden: Abbau des Ersparnen, Einschränkung des privaten Konsums, Verschuldung, Überschuldung, Pfändung, Zwangsräumung, Wohnungslosigkeit. Davon werden große Teile der Bevölkerung bedroht sein, die nichts finanziell zuzusetzen haben.
- ▶▶ Mit 18,7 Prozent ist die **Armutsgefährdungsquote in NRW** im Vorjahresvergleich (17,6) nochmals angestiegen (Quelle: Armutsbericht 2022, Paritätischer Wohlfahrtsverband).
- ▶▶ Für immer mehr Menschen bedeutet Armut nicht selten auch den **Verlust der eigenen Wohnung**. Nach Angaben des Landes lebten im Juni/Juli 2021 rd. 5.300 Menschen ohne Wohnung auf der Straße oder in Behelfsunterkünften. Laut Statistischem Bundesamt sollen Ende Januar 2022 in NRW sogar 36.000 Menschen wegen Wohnungsverlust in vorübergehenden Übernachtungsmöglichkeiten oder Not- und Gemeinschaftsunterkünften untergebracht gewesen sein. **Es fehlt an bezahlbaren Wohnungen in NRW.**
- ▶▶ Während zudem die Zahl der Sozialwohnungen in NRW kontinuierlich sinkt (um zwei Prozent auf 442.295 in 2020), drehen einige Wohnungsunternehmen **die Preisspirale weiter unverhohlen nach oben** (beispielsweise Vonovia: Mietsteigerung in ersten sechs Monaten von 2022 bei 3,4 Prozent, im gleichen Zeitraum einen Überschuss von über 1 Milliarde Euro erwirtschaftet).
- ▶▶ Der Deutsche Mieterbund geht davon aus, dass mindestens ein Drittel aller Haushalte die steigenden Energiekosten vor große Probleme stellen wird und befürchtet, dass mindestens das untere Einkommensdrittel der deutschen Bevölkerung die steigenden Kosten für Energie nicht zahlen kann. Betroffen seien vor allem Menschen, die knapp oberhalb jeder staatlichen Transferleistung liegen. Die zusätzliche Belastung wird für viele Haushalte über mehrere Hundert Euro liegen, für eine vierköpfige Familie bei bis zu 1.190 Euro.

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

- ▶▶ **Wohnungen drohen kalt zu bleiben**, weil Menschen sich die Nebenkosten nicht mehr leisten können. Schon jetzt werden von einigen Wohnungsunternehmen Vorauszahlungen von mehr als 300 Euro auf die Nebenkosten erhoben. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass Stadtwerke in Schieflage geraten und ihre Kundinnen und Kunden nicht mehr mit Gas beliefern können.
- ▶▶ **Die Menschen brauchen daher jetzt dringend mehr Sicherheit und ein soziales Netz, das sie auffängt, um die drohende Abwärtsspirale zu stoppen. Damit es im Herbst nicht zu mehr Zwangsräumungen kommt.**

II. **Der Koalitionsvertrag bietet keine Sicherheiten**

- ▶▶ **Wohnraumförderung das Vertrag gewordene „Weiter so“:** Wer in diesen Zeiten nur das bisherige Niveau zum Maßstab macht, der hat sich in der öffentlichen Wohnraumförderung in Wahrheit gar keine Ziele gesetzt. Beim Sozialen Wohnungsbau droht in NRW also ein weiterer Rückgang.
- ▶▶ **Keine ambitionierten Ziele für den Wohnungsbau:** 45.000 neue, mietpreisgebundene Wohnungen in den kommenden fünf Jahren sind eindeutig zu wenig. Eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft wird es nicht geben. Das sind schlecht Aussichten für die Millionen Menschen mit kleinem Geldbeutel.
- ▶▶ **Kein neuer Mieterschutz mit Schwarz-Grün:** Mieterinnen und Mieter haben zu Unrecht auf eine schnelle Umsetzung zum besseren Schutz ihrer Bedürfnisse gehofft. Stattdessen wird jetzt erst einmal mit einem Gutachten wieder geduldiges Papier beschrieben. Dabei sind die Herausforderungen hinlänglich bekannt. Ein schneller neuer Mieterschutz ist gerade vor dem Hintergrund der Explosion der 2. Miete für Millionen von Mieterinnen und Mieter existenziell.

Schwarz-Grün droht zum **Bremsklotz für bezahlbares Wohnen** zu werden. Die CDU ist gegen eine Politik, die Mieten begrenzt, und den Grünen ist das Thema einfach nicht wichtig genug. Gering- und Normalverdiener scheinen dieser Koalition der Besserverdiener offenbar egal zu sein. **Diese Landesregierung ist auf dem sozialen Auge blind.**

Die Landesregierung muss jetzt handeln und die Menschen in NRW entlasten. **Nur nach Berlin zu zeigen reicht nicht aus. Mit dem Nachtragshaushalt 2022 und dem Haushalt 2023 müssen deutliche Akzente der Entlastung gesetzt werden.**

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

III. Was jetzt zu tun ist

- ▶▶ **Erweiterter Kündigungsschutz für Mieterinnen und Mieter jetzt**
Niemandem darf gekündigt werden, der wegen stark gestiegener Heizkosten seine Nebenkostenabrechnung oder hohe Preisanpassungen nicht fristgerecht bezahlen kann. Wie zu Beginn der Corona-Pandemie sollte daher ein Kündigungsmoratorium gelten, wenn es in den kalten Monaten des Jahres zu Zahlungsrückständen kommt.
- ▶▶ **Pakt zum Mietpreis-Stopp – keine zusätzlichen Mieterhöhungen**
In dieser Zeit braucht es eine konzertierte Aktion. Dazu gehört auch ein Pakt für einen Mietpreis-Stopp. Gemeinsam mit den großen Wohnungskonzernen und den Wohnungsverbänden muss daher ein Verzicht auf Mietpreiserhöhungen bis 2025 vereinbart werden. Alternativ sind die Mittel der gesetzlichen Begrenzung von Mietpreiserhöhungen zu ergreifen und zu verschärfen. Dafür braucht es eine neue Mieterschutzverordnung.
- ▶▶ **Schnell mehr öffentliche Wohnungen – Ankauf von Wohnungen prüfen**
Kommunen und kommunale Wohnungsbauunternehmen müssen in die Lage versetzt werden schnell mehr Wohnungen zu generieren. Auch der Ankauf von Wohnungen muss dadurch möglich sein. Jede Wohnung in öffentlicher Hand bremst die Mietpreisentwicklung. Das Land sollte den Ankauf von Immobilien des Vonovia-Konzerns prüfen, wenn diese in Nordrhein-Westfalen liegen. Damit würde NRW wieder aktiver Akteur auf dem Wohnungsmarkt und könnte das als Einstieg in eine landeseigene Wohnungsgesellschaft nutzen.
- ▶▶ **Für mehr Sicherheit sorgen**
Nicht nur Uniper gerät durch die aktuelle Situation in Schwierigkeiten. Auch Stadtwerke kann es treffen, gerade wenn sie langfristige Lieferverträge abgeschlossen haben. Um die Versorgung der Kundinnen und Kunden, insbesondere der Mieterinnen und Mieter zu sichern, braucht es einen Schutzschirm für Stadtwerke vom Land NRW. Die Landesregierung hat hier bereits erste Signale gesendet. Jetzt geht es darum, keine Zeit zu verlieren und den Schutzschirm schnell aufzuspannen
- ▶▶ **Energiegipfel mit den Spitzenverbänden einberufen**
Die Bewältigung der Energiekrise und deren Folgen ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Einsparvorschläge und Hinweise kommen von der Bundesnetzagentur und dem Bund. Vorbereitungen in den Kommunen laufen bereits. Der Präsident de Städtetags fordert eine Steuerung durch das Land. Eine klare Steuerung und Führung durch die Krise ist jetzt erforderlich!

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

▶▶ **Für zusätzlichen Entlastungen sorgen**

Jetzt ist die Zeit, die Bürger*innen nachhaltig zu entlasten, z. B. durch:

- Abschaffung der Kitagebühren.
- Erhöhung des Zuschusses für Studierendenwerke: Entweder um den Beitrag auszusetzen oder die entsprechenden Mieten billiger zu halten: Bisher zahlt das Land den Werken jedes Jahr rund 44,5 Mio. Euro.
- Weiterführung eines verbilligten ÖPNV-Tickets/Sozialticket ausbauen/Schüler*innenticket billiger machen.
- Energiegeld/Energiegutscheine für kleine Einkommen prüfen.
- Vorsorge für Sportvereine und Organisationen (z. B. Wohlfahrtsverbände, Beratungseinrichtungen, Tafeln u.ä.) treffen, die von hohen Energiepreisen betroffen sind durch Einrichtung von Härtefallfonds.

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.